

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags,
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 60 Pfg., auswärts 65 Pfg., Reklamezeilen
1.80 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 226

Fernruf 179

Wildbad, Dienstag, den 27. September 1921

Fernruf 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Die deutschnationale Zeitung „Der Deutsche“ in Sonderhausen ist auf 14 Tage verboten worden.

Das schwedische Rote Kreuz spendete den Geschädigten von Oppau 100 000 Mark.

In der Gegend von Gölischchir soll eine Schlacht im Gange sein. General Nureddin Pascha, Befehlshaber der Truppen der Nordfront, hat den Befehl erhalten, gegen Venissa zu marschieren. General Ghaleb Pascha soll den Befehl erhalten haben, gegen Smyrna vorzugehen.

Die Konstantinopeler Blätter geben Meldungen wieder, wonach starke griechische Streitkräfte zwischen Vialisch, Saritoej, Sivei und Hippas eingeschlossen sein sollten. Die Rückzugslinie des Feindes nach Westen sei abgeschnitten.

Der Reichskanzler über unsere Anstrengungen.

Reichskanzler Dr. Wirth empfing Philipp Millet vom „Zeit Pariser“. Der Reichskanzler sagte:

Es erscheint mir sehr wichtig, daß Frankreich die Anstrengungen genau bemesse, die wir machen, und die Schwierigkeiten kennt, denen wir gegenüberstehen. Das Programm meiner Regierung bleibt, so wie es war, als wir die Regierung vor dreieinhalb Monaten übernommen haben. Wir wollen die Verpflichtungen Deutschlands erfüllen und zwar bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit.

Der Reichstag wird sich mit einer Anzahl von Gesetzesvorlagen beschäftigen, die dem Volk schwere Steuerlasten auferlegen. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Regierung ihre Pläne der direkten Steuern aufgeben wolle, um die bestehenden Klassen zu schonen. Nicht zufrieden damit, neue Steuerquellen zu schaffen, hielten wir es für notwendig, ein außerordentliches Reichsnotopfer von der Bevölkerung zu fordern, damit wir das notwendige Geld für die Kriegsschuldigungen haben könnten. Seit 14 Tagen verhandelt die Regierung mit den Vertretern der Industrie und der Banken. Wir haben an ihren Patriotismus appelliert und forderten sie auf, uns mitzutreten, in welcher Weise sie dem Reich die Devisen ausliefern wollen, die uns gestatten werden, in Gold die Gläubiger Deutschlands zu bezahlen. Die Industriellen und die Bankiers antworteten ohne Högen auf unseren Appell. In der nächsten Woche werden wir uns an die Vertreter der Landwirtschaft wenden. Wir sind sicher, daß wir auf diese Weise sofort über bedeutende Summen verfügen werden, während die Steuern ernsthafteste Einnahmen nicht vor einem oder zwei Jahren liefern können.

Ich kann nicht versprechen, daß Deutschland alles zahlen wird, was man von ihm fordert, aber ich kann versichern, daß es sich bemühen wird. Das Opfer, das wir von den besitzenden Klassen fordern werden, wird politische Folgen haben. Hierbei muß ich ein Mißverständnis zerstreuen. Man hat erklärt, daß wir einer neuen politischen Orientierung mit der Deutschen Volkspartei die Hand reichen wollen. Das ist eine irtümliche Auslegung unserer wahren Absichten. Wir können von der Sozialindustrie nicht fordern, daß sie derartige Anstrengungen vollbringt, ohne daß sie an der Regierung beteiligt ist.

Eine Teilnahme der Volkspartei an der Regierung ist wahrscheinlich und wünschenswert. Man muß das hervorheben, daß die Volkspartei in den letzten Tagen durch bedeutende Vertreter wie Professor Stahl und Stresemann öffentlich ihre Zustimmung zu der Verfassung und zur Verteidigung der Republik gab. Die Mehrheitssozialdemokraten erklärten auf dem Gölischer Parteitag ihrerseits durch Hermann Müller und Scheidemann, daß sie gegen den Eintritt der Volkspartei in die Regierung nichts einzuwenden haben.

Wir wollen also die Koalition erweitern, die gegenwärtig die Regierung stützt und dieser Regierung eine weitere und festere Grundlage geben. Es handelt sich nicht darum, uns zu Mandatieren wegen der Entschädigungszahlungen hinzugeben, wir verfolgen im Gegenteil den Zweck, in Deutschland die demokratischen Einrichtungen zu vertiefen und dazu brauchen wir eine feste Regierung, die in sich die arbeitenden Kräfte und die besitzenden Klassen gruppiert.

Man beschuldigt mich, von der Entente für die Anstrengungen, die Deutschland gemacht hat, keine Gegenwerte erhalten zu haben; ich werde von der Entente nichts erlangen, namentlich nichts von Frankreich. Jedoch wenn die Entente mir eine Genugtuung verweigert oder die Ausführung eines Anspruchs verschiebt, wie es in den letzten Tagen mit der Aufhebung der Sanktionen geschah, demütigt man dies, um den Bestand meiner Regierung zu bedrohen. Dies aber ist nicht nur für mich peinlich, sondern auch für die Zukunft der internationalen Beziehungen.

Wie soll Deutschland Niederlagen vollbringen, wenn es das Gefühl hat, daß es immer verächtlich wird, was es auch tun möge? Deshalb hoffe ich, daß die Entente-regierungen in der Zukunft die Mittel finden werden, uns mehr Vertrauen zu bezugen. Obwohl ich jede Rückkehr der Monarchie in Deutschland für unmöglich halte, wäre es doch gut, wenn die Entente sich berieten wollte.

Die Trauerfeier in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 26. Sept. Schon in der Morgenfrühe des gestrigen Sonntags drängten sich Tausende um den großen, abgeperrten Friedhof von Ludwigshafen, auf dem die unglücklichen Opfer der Explosion von Oppau ihre letzte Ruhestätte finden sollten. Das Ehrengrab war schön geschmückt: aus dem Tannengrün hob sich eine schwarze Rednertribüne ab.

Der Vorsitzende der Rheinlandkommission, der französische General de Metz, legte am Grab einen Kranz nieder und sprach dem Reichspräsidenten Ebert und dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchensfeld die Teilnahme des Oberkommissars aus. General Dangand gab dem Beileid des Besatzungsheers namens des Oberkommandierenden Ausdruck.

Oberbürgermeister Dr. Weiß-Ludwigshafen wies auf die allgemeine Trauer hin, die das entsetzliche Schicksal so vieler braver Arbeiter ausgeübt habe. Mit Rührung müsse man auch der Pioniere der deutschen Wissenschaft gedenken, die in Oppau ein technisches Wunderwerk schufen und die in wenigen Sekunden die Früchte ihrer mühevollen wissenschaftlichen Arbeit vernichtet sehen. Mit dem Oppauer Werk sei, wenigstens auf eine Zeit, eine der wenigen wirtschaftlichen Kräfte zerstört, die dem armen Vaterland in den nächsten Tagen seiner Geschichte noch geblieben sind. Reichstagsabgeordneter Brech sprach als Vertreter des Fabrikarbeiterverbands und des Allg. deutschen Gewerkschaftsbunds sein Mitgefühl aus. Der Vorsitzende des Betriebsrats der Bad. Anilin- und Sodafabrik teilte zum Trost der Hinterbliebenen mit, die Direktion werde, wenn ihre erste Hilfe nicht ausreichen sollte, eine zweite folgen lassen.

Generaldirektor Prof. Dr. von Bosc gab einen Rückblick über die Entwicklung des Werks, das besonders für die Landwirtschaft von so großer Bedeutung ist, und sprach die Hoffnung aus, daß der Betrieb bald wieder in vollem Umfang die Herstellung von Stickstoff aufnehmen könne. Keine Vorsichtsmäßregel sei außer Acht gelassen worden. Eine neue, unbekannte Naturkraft scheine es gewesen zu sein, die alle bisherigen Bemühungen zunichte machte. Mit Schrecken habe man erkennen müssen, daß der Stoff, der die Ernährung des Volks sicherzustellen bestimmt war, sich plötzlich als schlimmer Feind erwiesen habe.

Reichspräsident Ebert führte aus: Eine tiefe Erschütterung habe das ganze deutsche Volk ergriffen aus Anlaß der Katastrophe, wie sie die Geschichte der deutschen Industrie bisher noch nicht zu verzeichnen hatte. Schmerzliches Mitgefühl bringe er den Toten und den verletzten Männern und Frauen entgegen. Die Hinterbliebenen, Verwundeten und Geschädigten dürfen der innigsten Teilnahme der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volks gewiß sein.

Ministerpräsident Graf Lerchensfeld sagte, das Unglück sei eine ernste Mahnung an das Vergängliche alles Irdischen, aber auch an das Unvergängliche, an die Religion. Er dankte namens des bayerischen Volks dem Reichspräsidenten für seine Teilnahme. Er hoffe, daß dieses Beispiel den Ansporn gebe zu einer brüderlichen Vereinigung.

Namens des bayerischen Landtags sprach Präsident Königsbauer, für die badische Regierung Staatspräsident Trunk, für die pädagogische Kreisregierung

Regierungspräsident von Chittingenberg und für die Stadt Mannheim Oberbürgermeister Dr. Kuzer.

Darauf wurde der Trauermarsch von Chopin gehalten und unter feinen Klängen legten die Vertreter der Regierungen usw. an den Gräbern die Kränze nieder.

Die verfassunggebende preussische Kirchenversammlung in Berlin beschloß, einen Aufruf zu einer Kirchenversammlung für die Verunglückten in Oppau anzulegen.

Im ganzen badischen Land sind Sammelstellen für Oppau errichtet worden. Der Landesauschuß der Freien Gewerkschaften Badens beschloß die Einleitung einer großzügigen Hilfe. Die Arbeiterschaft der Karlsruher Maschinenbaugesellschaft hat 41 000 Mark gespendet.

Die süddeutsche Diskontogesellschaft hat 250 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Die Zeitungsammlungen im Reich haben schon sehr bedeutende Beträge erbracht; sie erreichen bereits mehrere Millionen Mark.

Die Menschenmenge, die der Trauerfeier außerhalb des Friedhofs anwohnte, wird auf 70 000 Personen geschätzt. Sogar aus der Schweiz waren Neugierige in großer Zahl eingetroffen. Viele erregten durch taktloses Benehmen bei der Bevölkerung lebhaften Unwillen, besonders Damen mit ganz unziemlicher Kleidung. Das Betreten des Gemeindebezirks Oppau ist ohne besondere Erlaubnis verboten worden.

Bis Samstag abend waren 398 Tote und 472 Verletzte amtlich festgestellt. Das Gerücht, daß sich unter den Trümmern noch Lebende befinden, ist grundlos.

Der König von Spanien hat dem Reichspräsidenten telegraphisch seine Teilnahme an dem Oppauer Unglück übermittelt.

Neues vom Tage.

Schwierigkeiten in der Koalitionsbildung.

Berlin, 26. Sept. Die abfälligen Äußerungen Dr. Stresemanns in einigen Versammlungen der Deutschen Volkspartei über Dr. Wirth haben die dem Reichskanzler nahestehende „Germania“ zu einer scharfen Abwehr und zu Angriffen gegen Stresemann veranlaßt. Das Blatt bemerkt u. a., die an sich wünschenswerte Erweiterung der Koalition werde nicht durch die Opferung Wirths zu erkaufen sein. Auch der Führer der preussischen Zentrumspartei Dr. Borck weist die Angriffe gegen Wirth zurück. Er dürfe nicht für seine Person für die Annahme des Ultimatums verantwortlich gemacht werden. Die Verantwortung trage vielmehr die ganze Zentrumspartei. Der sozialdemokratische Parteitag hat dem Reichskanzler ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen. Andererseits ist innerhalb der Deutschen Volkspartei eine starke Strömung gegen den Beitritt zur Koalition, solange Dr. Wirth Reichskanzler sei. Gleichwohl glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht, daß die der neuen Koalition entgegenstehenden Schwierigkeiten unüberwindlich seien.

Einigung im Buchdruckgewerbe.

Berlin, 26. Sept. Wie der Deutsche Buchdruckerverein mitteilt, haben die unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Brahn vom Reichsarbeitsministerium geführten Einigungsverhandlungen einen Abschluß gefunden. Die Arbeitgeber machten schließlich das Angebot, für die höchste Klasse der Gehilfen ab 1. Oktober 355 Mk., ab 15. November 380 Mk. mit entsprechenden Abstufungen für die Ledigen und für die Orte mit niedrigeren Lokalzuschlägen zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Gehilfenchaft angenommen. Ueber die Einzelheiten der neuen Feuerungszulagen wird weiterberaten.

Die Verständigung mit Bayern.

Berlin, 26. Sept. Die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchensfeld und dem Staatsrat Dr. Schöner haben am Samstag zu einer Verständigung geführt. Der Ausnahmezustand in Bayern soll am 6. Oktober mit Wirkung vom 15. Oktober ab aufgehoben werden. Das verbotene Blatt der Unabhängigen in München darf wieder gedruckt werden. Für das Verbot von Versammlungen und Zeitungen sollten die Landesregierungen zuständig sein. Glaubt

eine Landesregierung dem Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht stattgeben zu können. So soll sie das dem Minister mitteilen; die Landesregierung kann beim Reichsrat Beschwerde einlegen. Das Reichskabinett hat sich mit der Vereinbarung bereits einverstanden erklärt. Die Stellung der Reichsregierung zur Schutzpolizei.

Berlin, 26. Sept. Der „Lokalanz.“ schreibt: Die Militärkontrollkommission der Verbündeten hatte der Reichsregierung am 9. Sept. eine Note überreicht, die sich gegen die angebliche militärische Form der Schutzpolizei wendet. Das Kabinett hat sich am Samstag unter Hinzuziehung von preussischen Dienststellen mit der Note beschäftigt. Die Reichsregierung hofft, durch Verhandlungen die Forderung der feindlichen Ueberwachungskommission abwenden zu können, da die Note nicht allein rechtlich unbegründet, sondern tatsächlich auch völlig undurchführbar sei. Die Erfüllung der Ultimatumverpflichtungen sei abhängig von der Ruhe und Ordnung im Lande. Bis an die Grenze der Möglichkeit sei jede Forderung der Verbündeten in Bezug auf die Entwaffnung schon erfüllt worden, aber weiter könne man nicht gehen.

Spuren der Erzberger-Mörder in der Schweiz?

Berlin, 26. Sept. Drei Kriminalbeamte sind nach der Schweiz abgereist, um mutmaßliche Spuren der Mörder Erzbergers zu verfolgen. Angebliche Briefe der Mörder mit dem Poststempel von Orien am Bähricher See sollen in den letzten Tagen aufgefangen worden sein.

Brüssel, 26. Sept. Die beiden Kaufleute, die Ähnlichkeit mit Tillesen und Schulz zeigten, haben sich bei der Polizei in Mons gemeldet. Es sind zwei Einwohner von Brüssel.

Franzosenfeindliche Kundgebung in Venedig.

Rom, 26. Sept. Als eine französische Militärabordnung unter Führung des französischen Botschafters Barrere die Markusbrücke in Venedig besichtigen wollte, rottete sich eine große Menge zusammen mit den Rufen: Hoch Italien, nieder Frankreich! Barrere ergriff in höchster Erregung einen der Burschen am Stragen, worauf die Rufe sich verstärkten und die Haltung der Menge drohend wurde. Italienischen Offizieren gelang es schließlich, die Menge etwas zu beruhigen. Abends wurden neue Kundgebungen gegen Frankreich veranstaltet.

Aussperrung.

Frankfurt, 26. Sept. Die Arbeiter der Höchst Farbwerke und der Kunstseidenfabriken Kesterbach haben die Direktoren durch Gewaltanwendung gezwungen, tarifwidrige Löhne zu bewilligen. Die Direktion hat darauf die Werke geschlossen und sämtliche Arbeiter sofort entlassen. Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron hat sich dem Schritt angeschlossen. Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie hat allen Werken verboten, die tarifwidrigen Abmachungen anzuerkennen.

Französische Milliardenanleihe.

Paris, 26. Sept. Der „Credit National“ ist ermächtigt worden, am 24. Oktober eine Anleihe von 3 Milliarden Franken auszugeben.

Bohott französischer Waren.

Paris, 26. Sept. Das „Journal des Debats“ berichtet, die französische Regierung habe bei der deutschen Reichsregierung lebhaft Beschwerde geführt, daß französische Waren in Deutschland boykottiert werden.

„Das unsichtbare Heer.“

London, 26. Sept. Die „Times“ veröffentlicht einen Artikel über angebliche ungeheure militärische Müstungen in Deutschland. Alle Angaben sind natürlich frei erfunden.

Berlin, 26. Sept. Der Reichskanzler hatte heute eine Besprechung mit den Führern der Koalitionsparteien des Reichstags über die Aufnahme der Deut-

schen Volkspartei in die Koalition. Am Mittwoch sollen Verhandlungen wegen der Aufnahme der Sozialdemokratie in die Koalition des preussischen Landtags stattfinden.

Berlin, 26. Sept. Der Direktor der chemisch-technischen Reichsanstalt, Oberregierungsrat Dr. Penze, ist nach Oppau abgereist, um an der Aufklärung des Explosionsunglücks mitzuwirken.

Berlin, 26. Sept. Gestern vormittag trat in der Universitäts- die preussische verfassungsgebende Kirchenversammlung zusammen. Zum Präsidenten wurde Generalinspektor D. Reinhard durch Jurek gewählt, zu Vizepräsidenten Graf Seyditz und Gewerkschaftssekretär Streiter.

München, 26. Sept. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat eine Interpellation eingebracht, worin sie auf die Fülle und Mißbräuche in der Justiz- und Polizeiverwaltung Bayerns, besonders bei der Behandlung politischer Fälle, hinweist, und dringend gründliche Abhilfe fordert.

Churchill über den Niedergang des Welt-handels und den Bolschewismus.

London, 26. Sept. In seiner großen Rede in Dundee sagte Minister Churchill: Der Niedergang beruhe eng die Lage der englischen Arbeiterklasse. Ungeheure Schulden von Hunderten und Tausenden Millionen Pfund Sterling und sogar noch reichhaltigere Entschädigungen werden von einem Land gegenüber anderer, geltend gemacht. Diese Schulden und Entschädigungen übersteigen die Mittel und Methoden der Bezahlung bei weitem. Die Länder, an die die Zahlung zu erfolgen habe, könnten nur in beschränktem Maß ausländische Ware, die infolge der Kriegsschulden „gedumpte Ware“ (d. h. Ware, die wegen des Valuta-Unterschieds im andern Land zu Schmelzpreisen verkauft wird) darstellen, annehmen und in einem Jahre nur eine bestimmte Entschädigung erhalten, weil sonst ihre eigene Industrie ernst in Mitleidenschaft gezogen, ihrer Arbeiterbevölkerung das Brot vom Munde genommen werden würde.

Die großen Nationen der Welt bieten augenblicklich ein merkwürdiges Schauspiel. Amerika, England, Frankreich, Italien, alle hoffen riesige Geldsummen voneinander oder von Deutschland herauszubekommen. Schulden eintreiben ist eine Hauptindustrie geworden und nimmt in den Köpfen zahlreicher Politiker, in den Parlamenten und sogar bei den Völkern den Hauptplatz ein. Wenn alle Schulden und Entschädigungen zwischen Nation und Nation bezahlt werden würden, dann würde jedes Gläubigerland gedumpte Ware erhalten und zwar in Mengen und zu Preisen, die für den geordneten Betrieb ihrer Industrien verhängnisvoll sein würde. Nicht ein einziges der Siegerländer, die Anspruch auf riesenhafte Wareneinfuhr als Bezahlung der ihnen geschuldeten Beträge haben, würde diese Waren annehmen. Auf der andern Seite schaffen sie, um mit Recht, Schutzzölle und alle Arten von Sondergesetzen, um zu verhindern, daß ihre eigenen Industrien durch solche riesenhafte unwirtschaftliche Einfuhr völlig erschüttert werden. Infolge der daraus entstandenen Währungskrise ist die Kaufkraft der Schuldernationen vollkommen erloschen. Die Gläubigerstaaten haben infolge der Währungskrise größte Schwierigkeiten, nach den Schuldnerstaaten Waren auszuführen, da diese ihnen bereits mehr schulden, als sie bezahlen können. Die Schuldnerstaaten sind gezwungen, jährlich nach den Gläubigerstaaten riesige Mengen auszuführen, was ihre Leistungsfähigkeit weit überschreitet. Die Gläubigerstaaten wollen diese Waren jedoch nicht annehmen aus Furcht, daß darunter ihre eigenen Industrien leiden. Dadurch wird der gesamte internationale Handel ungeheuer eingeschränkt und jedem Land wird dadurch Schaden zugefügt. Die erzielten Ergebnisse sind gerade das Gegenteil von dem, was die meisten erhoffen. Ein Beispiel dafür ist der

größte Schuldnerstaat Deutschland und der größte Gläubigerstaat Amerika. In Deutschland arbeiten die Industrien mit größter Spannung. Deutschland wird durch seine Ausfuhr in die Lage versetzt, fast jeden Markt, den es befehligt, zu erobern. In den Ver. Staaten ist die Lage ganz anders. Sie verfügen über Berge von Gold; der amerikanische Ausfuhrhandel wird jedoch sehr eingeschränkt. Die umgebende große amerikanische Handelsflotte ist ein vollkommenes Fehlschlag. In Amerika sind dreimal so Erwerbslose wie in England und die Vertiefung der Lebenshaltung nimmt zu.

Diese Gegenstände ergeben die unbedingte Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder so bald wie möglich zusammenkommen, um sich von neuem dieser Frage des internationalen Handels zuzuwenden, damit die Ströme des Angebots und der Nachfrage wieder frei über die Oberfläche der Welt fließen können. Immerhin sei England in seiner Finanzpolitik seit dem Krieg das einflussigste Land gewesen. England habe versucht, soweit angängig, Deutschland eine Möglichkeit zu sichern, seine eigene Wohlfahrt wieder aufzubauen, mit der die Wohlfahrt Frankreichs und Englands so eng verknüpft sei. England habe sich erboten, zu vergessen und alle Schulden zu streichen, die ihm europäische Nationen schuldeten, vorausgesetzt, daß England von der geringen Schuld befreit werde, die es für seine Verbündeten bei den Ver. Staaten aufgenommen habe. Das Hilfsmittel liege doch nicht in der Hand eines einzigen Landes, und in dieser Richtung seien andere Länder vorhanden, die mächtiger sind. Es gibt andere Länder, fuhr Churchill fort, die in dieser Frage in einer günstigeren Lage sind als wir. Es würde zum Vorteil der Welt sein, wenn alle internationalen Verpflichtungen, die aus dem Krieg entstanden sind, von neuem auf praktisches Ausmaß herabgesetzt und für sich gestellt werden. Ob dies möglich ist oder nicht, unmittelbar notwendig ist ein Mittelglied von internationaler Währung, das von Kriegsverpflichtungen unbeeinträchtigt sein würde und wenigstens zeitweilig und während der Zeit der Genesung den Verkauf von Waren zwischen den Nationen auf einer natürlichen Grundlage sichern würde.

So wichtig auch die Konferenz ist, die demnächst in Washington über die Frage der Abrüstung stattfinden soll, eine Konferenz über die Schaffung normaler Währungen würde wertvoller und dringlicher sein. Man darf wohl nicht hoffen, daß sich die eine aus der andern entwickeln wird.

Die sozialistisch-kommunistische und bolschewistische Agitation trage ebenfalls große Schuld daran, daß die Genesung der Welt verzögert werde. Die Bolschewisten haben Rußland in eine furchtbare Lage gebracht. Trotzki und Lenin haben einfach von dem gekehrt, was von der Zeit des Jaren übrig geblieben war. Sie haben von dem Geld gelebt, das sie aus den russischen Staatsbanken und von Rumänien genommen haben. Sie haben von den Juwelen gelebt, die sie den Frauen gekohlet haben, die sie ermordeten, und sie haben die Getreidelager ausgezehrt, die die Bauern angesammelt hatten, um sich vor einer Hungersnot wie der augenblicklichen zu schützen. Der Welt habe keine juchhabere Lehre von dem Wahnsinn der Sozialisten und von den Folgen gegeben werden können, die entstehen, wenn man ihn ungezügelt Macht überläßt. Die Sozialisten in England hätten alles getan, was in ihrer Macht liege, um die Wirksamkeit der Arbeiterschaft herabzusetzen. Sie hätten alles getan, um Streit und Streitigkeiten in der Industrie zu verursachen. Lenin und Trotzki hätten vier Jahre gebraucht, um Rußland in seine jetzige Lage zu bringen. England würde etwa vier Monate brauchen, um die Lebensmittel zu verzehren, aber die es verfüge und nach dieser Zeit würde der größte Teil der Bevölkerung Englands eine neue Welt auffuchen müssen, um dort zu leben.

Das Probejahr der Dolores Renoldi.

Roman von Fr. Lehmann

70

„Gut, Fräulein Dolly? Mit wem denn? Wohl mit —“ Den Namen des Sohnes unterdrückte Frau Westermann rechtzeitig; es war genug, wenn Dolly ihn nannte — einen anderen zu hören, daran dachte sie nicht! Dann gab es wieder neue Sorgen; sie suchte sich schon damit, wie Richard zurückkommen wollte mit einer Frau, die nichts außer einem wertvollen Ring besaß!

Über wie erschauerten sie, als ihre Verkäuferin den Namen des Hauptmanns Bruchhoff nannte!

„In der ganzen Stadt erzählt man sich doch, daß er sich mit der Schwägerin vom Major, Frau Oberstleutnant von Höllinger verlobet würde! Er hat ihr doch jeden Tag Blumen bei uns gekauft!“

Dolores lächelte ein wenig über die wortreiche Frau Westermann, die gar nicht mit Steinen fertig wurde.

Richard's Kommen unterbrach das Gespräch. Die Mutter machte ihm ein Glas Brot zurecht, das sie mit Schinken belegt, und sie schenkte ihm ein Glas Bier ein und redete ihm ordentlich zu, einem Soldaten schmeckt es immer.

„Denk auch, was du auf's Gerichte!“ sagte er.

„Wann denn? Was hast du denn getan, Richard?“

„Wer Mutter, was man immer nur auf's Gerichte, wenn man etwas „verbrochen“ hat? Ich wurde auch noch nicht so recht klug daraus. Die Aufforderung ließ ich bei meinem Hauptmann. Ich hatte ihn um Rat gefragt.“

„Richard, es wird doch nichts Unangenehmes sein?“

„Was mit — Fräulein?“ fragte Frau Westermann ängstlich.

„Ja, es geht mich an. Ich weiß es selbst nicht, um was es sich handelt — eine Schenkung oder so was.“

„Ach, Richard, wer soll uns denn etwas schenken?“

„Das kann ich mir auch nicht denken; wir müssen's halt abwarten!“ Dann holte er tief Atem, was wie ein Seufzen klang: „Wißt Ihr schon, Niesentöter hat verkauft!“

„Das weißt du auch schon?“ fragte der Gärtner.

„Den vor der Haustür hat er mir's gesagt!“

Dolores sah es ihm an, wie er darunter litt, seine Blicke schweiften über den Garten; eine liebe Hoffnung war ihm zerflort. Die Mutter warnte es auch. Um ihn abzuulen, brachte sie ihre Reue mit an, daß Fräulein Dolly sich verlobt habe — mit wem, wagt er nicht raten, mit dem Hauptmann Bruchhoff — wie in einem Märchen sei es; sie könne es noch immer nicht begreifen.

„Aber ich!“ sagte er leise. So schmerzlich es ihm war, so freute er sich doch, daß es nun „richtig“ war — sonst hätte Dolly doch nicht darüber gesprochen.

„Gott, wie 'ne verwunschene Prinzessin hat ja Fräulein Dolly immer ausgesehen! Kein Wunder, daß es sich da in sie verquickt hat!“

Richard stand auf und schlenderte den breiten Mittelweg hinter, der den Garten in zwei Teile trennte. Der Mutter Worte taten ihm weh. Mit Schwere für ihn hatte der Tag geschlossen; einen liebgeordneten Gedanken ausgeben zu müssen, war hart. Er hatte immer schon das ganze Feld mit rankenden Erbsenpflanzen gesehen, deren hübsche Schmetterlingsblüten sich dann in schmale grüne Hülsen verwandelten, und mit den düstigen Schleierpflanzen des Spargels — er leuchtete tief auf — und das mit Dolly Reinhold! Auf den Traum, sie sein Eigen zu nennen, hatte er längst verzichtet, weil er sich sagte: Du bist nichts für dieses fremde, schöne Mädchen — aber er hatte doch auch ein heiß empfindendes Herz!

Er stand unten am Fuß und schaute traurig auf das andere Ufer.

Blötzlich fühlte er eine Hand auf seiner Schulter. Dolores stand neben ihm.

„So nachdenklich, lieber Richard?“ fragte sie ihn weich, „auch mir geht es nahe, daß Ihr Wunsch nach dem Feld da drüben.“

„Man muß heutzutage verzichten lernen, Fräulein Dolly, und das Schwere war das nicht,“ sagte er mit Betonung. Sie schwieg. Sie verstand ihn. Und was hätte sie ihm darauf erwidern sollen!

„Mutter wird sich wohl bald nach einer anderen Hilfe umsehen müssen,“ fuhr er fort, „denn Sie werden wohl nicht mehr lange hier sein, Fräulein Dolly!“

„Bei Niesentöters ist seit einigen Wochen ein nettes junges Mädchen zu Besuch, das wäre etwas für die Mutter. Sie ist eine Nichte von ihm, Bertchen heißt sie, und ist ein lustiges Ding, mit blonden Zöpfen und blauen Augen, ist geschickt und fleißig, sie hat geändliche Ordnung bei der Tante gemacht — Sie wissen ja, wie es dort manchmal aussah! Bertchen kommt öfters zu mir, will mir auch helfen und fragt immer sehr eingehend nach einem gewissen Herrn Jemand.“

Richard machte eine heftige Bewegung.

„Was geht sie mich an! Ich kümmere mich nicht um sie!“

„Eben darum bekümmert sie sich sehr,“ lächelte Dolores, „und wenn Sie Ihre Augen einmal richtig aufmachen, Richard, würden Sie sehen, was für ein reizendes Ding Bertchen Niesentöter eigentlich ist!“

„Was sollte es! Ich heirate sie doch nicht,“ entgegnete er beinahe schroff, „ich heirate überhaupt nicht!“

„Nicht heute und nicht morgen! Einmal aber müssen Sie doch daran denken, ohne Frau können Sie hier nicht fertig werden! Sie dürfen mir nicht immer widersprechen!“

„Nun kommen Sie, wir sehen uns noch ein wenig zu Mutter!“ Sie schob ihren Arm unter den seinen und zog ihn langsam mit sich bis nach der Laube. — — —

Am andern Tag sprach Richard auf dem Weg vom Gerichte nach der Kaserne im Eckerhaus vor. Er war kaum wieder zu erkennen vor Aufregung.

„Denk auch, das ganze Niesentöters'sche Grundstück — ist mir verschrieben — die Schenkungsurkunde.“

„Do hat sich einer einen schlechten Witz gemacht,“ unterbrach ihn sein Vater.

„Aber Herr Westermann, glauben Sie, daß das Gerichte da auch sogleich mitmacht?“ lächelte Dolores.

„Ja, freilich! Wer wer kann denn das um Gottes Willen unserem Richard vermach haben?“

(Fortsetzung folgt.)



Spiel und Sport

Ligaverbands spiele.

Mit Ausnahme des Pfalzkreises, in welchem einige Wohlthätigkeitsspiele zu Gunsten der Opfer von Oppau ausgetragen wurden, nahmen die Verbands spiele in den übrigen 9 Kreisen ihren weiteren Fortgang. Die Ergebnisse der Spiele, die wiederum nicht immer den erwarteten Ausgang nahmen, sind:

Kreis Württemberg, Abteilung I: Stuttgarter Räder — S. f. B. Stuttgart 1:1; F. C. Pfeil-Gaisburg — Ulmer S. B. 94 0:3; Turnerb. Ulm — Sp. B. Feuerbach 3:1; F. B. Ruffenhäuser — Sp. Bg. Tübingen 03 0:2. **Abt. II: Stuttgarter Sportklub** — S. f. B. Stuttgart 1:0; Eintracht Stuttgart — S. f. B. Heilbronn 2:1; Germania Gmünd — Sp. Bg. Cannstatt 1:0; Union Bödingen — Stuttgarter Sportfreunde 0:0.

Kreis Südwest, Abt. I: Karlsruher S. B. — S. f. B. Karlsruhe 0:1; F. B. Veierthelm — S. f. R. Pforzheim 2:1; 1. F. C. Pforzheim — Germania Durlach 6:1; Sp. C. Freiburg — Sp. C. Pforzheim 1:6. **Abt. II: F. B. Vörrach** — 1. F. C. Freiburg 2:4; F. B. Offenburg — F. C. Mühlburg 0:2; F. C. Birkenfeld — Germania Brötzingen 0:2; Phönix Karlsruhe — Frankonia Karlsruhe 1:1.

Kreis Ebnwald, Abt. I: F. C. 1908 Lindenhof — Sp. C. Käferthal 3:0; T. u. Sp. B. Waldhof — Sp. B. Darmstadt 0:0; S. f. B. Birstadt — Sp. Bg. Sandhofen 1:2; Germania Pfungstadt — S. f. B. Rekarau 1:8. **Abt. II: Hertha Mannheim** — Phönix Mannheim 1:3; S. f. R. Mannheim — F. Bg. 1898 Schwesingen 2:2; Germania Friedrichsfeld — T. und Sp. B. Feudenheim 2:5.

Radfahren.

Der Radfahrer-Landesverband Württemberg brachte unlängst das 25jährige Jubiläum des R.-B. Pfeil-Cannstatt eine 30 Kilometer umfassende Fernfahrt, an der 180 Fahrer teilnahmen, zur Durchführung. Bemerkenswert ist, daß einige Altersfahrer und zwei Damen mit Erfolg die Strecke zurücklegten. Als Durchschnittswert wurde auf allen sechs Strecken eine Stunde benötigt.

Württemberg.

Stuttgart, 26. Sept. (Rom Landtag.) Die Abg. Bazille, H. Hiller, Dr. Weißwänger und W. B. haben folgende Anfrage an das Staatsministerium gerichtet. Die von unserer Fraktion beantragte Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage der Kleinrentner ist noch nicht erfolgt. Die Not dieser Kreise vergrößert sich von Tag zu Tag. Ist das Staatsministerium bereit, eine Hilfsaktion unter Aufwendung von Staatsmitteln einzuleiten, wie dies in anderen Ländern schon längst geschehen ist?

Stuttgart, 26. Sept. (Kirchliche Aufrufe zur Feuerungsnot.) Aus Schlesien kommt die Nachricht, daß die ev. Pfarrer des Kreises Hirschberg in einem dringenden Aufruf sich an die Bauern gewendet haben, die vorgeschriebenen Getreidemengen bald abzuliefern und erträgliche Preise zu fordern. Der Stand der Landwirte sollte sich reinhalten von dem Verbrechen, das die Engländer mit ihrer Blockade begangen haben — Der Ev. Volksbund für Württemberg hat schon vor Wochen in 130 000 Exemplaren unter der ev. Bevölkerung Württembergs einen Aufruf verbreitet, in dem ernste Worte gesagt werden über die Not unseres Volkes, über das schwere Unrecht übertriebener Forderungen und über die Pflicht, in allem Verbrauch strengste Einfachheit und Sparsamkeit zu üben.

Eine interessante Gerichtsentscheidung. Wie der „Fußball“ mitteilt, führt der Südd. Fußballverband auf dem Gerichtsweg eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Erhebung der Lustbarkeitssteuer bei Fußballspielen nach dem 15. September in Baden, Bayern, Hessen und Württemberg herbei.

Auf abschüssiger Bahn. Der frühere Pforzheimer Schuhmann Karl Gutjahr geriet als Arbeitsloser in schlechte Gesellschaft und ließ sich zu einer Reihe von Diebstählen und Einbrüchen in Stuttgart verleiten. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 2 Jahren 2 Monaten, seinen Genossen, den Kellerer Gustav Entemann zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis.

Badnang, 26. Sept. (Stiftung.) Von dem Ehrenbürger der Stadt, Kommerzienrat C. Breuninger, Stuttgart, wurden der Stadt-Bibliothek, deren Einrichtung und dauernde Unterhaltung von ihm gestiftet ist, neue Mittel zuteil und zwar 5000 Mk. für Anschaffung von Büchern und 10 000 Mk. für den Grundstod.

Mergentheim, 26. Sept. (Ein Opfer von Oppau.) Der von Vorkadimmern gebürtige, verheiratete 46 Jahre alte Martin Bauer ist bei der Explosion in Oppau ums Leben gekommen.

Baden.

Karlsruhe, 26. Sept. Das Staatsministerium hat beschlossen, das bedürftigen Ehepaaren mit gutem Vermögen aus Anlaß ihrer goldenen Hochzeit zu gewährende Geldgeschenk auf 200 Mark zu erhöhen.

Karlsruhe, 26. Sept. Das französische Blatt „Le Matin“ schreibt, das Mißtrauen gegen Deutschland habe sich durch die Explosion von Oppau verstärkt, da man vermute, daß es sich bei dem neuen Gas um etwas anderes, als um eine harmlose Erfindung handle.

Hardheim, bei Tauberbischofsheim, 26. Sept. Auf dem Weg nach Steinfurt wurde der Landwirt Josef D a u d

von hier überfallen, niedergeschlagen und seiner Bäckerei sowie seines Rodes und Hutes beraubt.

Ervingen, 26. Sept. In Wasser wurde der 39jäh. Italiener Karl Maglia von einem Radfahrer erschossen. Maglia hatte Aepfel auf dem Feld geerntet, war dabei erwisch und bei der Verfolgung vielleicht unabsichtlich erschossen worden.

Konstanz, 26. Sept. Wie bei Vörrach, so ist auch in der Umgebung von Konstanz der „Meine Grenzverkehr“ allmählich zum Skandal geworden. An den letzten Sonntagen sind die Schweizer in hellen Scharen über die Grenze gezogen, um dort ihre Schweizer-Franken in Mark und Pfennig, in Speise und Trank, in Schuhe und Kleider umzusetzen. Es wird berichtet, daß man an einem Mittag 5000 Schweizer habe zählen können, die mit ihrer Päckerei den Konstanzener Zoll passiert hätten; davon seien ihrer Tausend mit zollpflichtigen Paketen zurückgekehrt, während die übrigen ihre Schätze nach altem Brauch durchzollt und wohlverdient über die Grenze gebracht haben dürften. Ueber die Insel Reichenau seien an einem der letzten Sonntage aus dem Kanton Schaffhausen etwa 400 Personen hergefallen und haben mit den Eiseisvorräten ausgeräumt. In Konstanz beschränken sich die Beutesüge nicht auf den Sonntag; die feine Einrichtung der Päckerei für den kleinen Grenzverkehr, die 15 Kilometer weit in Turgau erhältlich ist, ermuntert viele Eidgenossen, Tag für Tag „in die Stadt“ hinein zu gehen, zum Mittag- und zum Nachessen, zum Abendessen und zum Kaffeetrinken.

Karlsruhe, 23. Sept. Der Hauptauschub des Landtags hat die Beratungen über das Gesetz betr. die Wohnabgabe zu Ende geführt und bestimmt, daß die Wohnabgabe vom 1. Oktober 1921 ab erhoben wird. Sie ist je zur Hälfte am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres fällig und wird zum ersten Mal am 1. April 1922 erhoben werden.

Im Bad. Landtag haben die Zentrumsabg. Wiedemann und Gen. den Antrag an die Regierung gestellt, in den nächsten Staatsvoranschlag Mittel einzustellen, damit arme bedürftige Gemeinden Stromzuschüsse auch für ihre Elektrizitätsversorgung bekommen können. Die Stadt Heidelberg hat an die Regierung und den Landtag eine Eingabe gerichtet, in der sie um Unterstützung ihrer Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge bittet. In der Begründung zu der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Stadt neben der großen Summe von 62 Mill. Mark zur Bekämpfung der Wohnungsnot auch schon 15 Mill. Mark zur Schaffung von Notstandsarbeiten mußte. Ein Viertel sämtlicher badischer Arbeitsloser entfällt auf Heidelberg.

Heidelberg, 23. Sept. In diesen Tagen zählte die Stadt über 100 000 Fremde, die in diesem Jahr Heidelberg besuchten.

Wertheim, 23. Sept. Durch Feuer ist das Sägewerk des hiesigen Eisenwerkes von Otto Langguth vollständig zerstört worden. Der Schaden ist sehr bedeutend. Vor 1 Jahren ist das eben zerstörte Sägewerk schon einmal niedergebrannt.

Möhrn, 23. Sept. Der Feiler und Landwirt Rich. Seiler von Moos hat im April d. J. aus Bosheit etwa 100 junge Eichen, Buchen und Eichen im Gemeindefeld mit einem Hackmesser abgehauen und liegen lassen. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 9 Monaten Gefängnis. Die Gemeinde wird überdies den angerichteten Schaden in Höhe von 6000 Mark einlagen.

St. Georgen im Schwarzw., 23. Sept. Für die am nächsten Mittwoch stattfindende Bürgermeisterwahl haben die Sozialdemokraten den Landtagsabg. und Pforzheimer Bürgermeister Stockinger als Kandidaten aufgestellt. So viel verlangt, stellen die bürgerlichen Parteien keinen Gegenkandidaten auf.

Wrtmaßliches Wetter.

Störungen kommen auf, denen der Hochdruck aber noch Widerstand leistet. Am Mittwoch und Donnerstag ist zunehmende Trübung, doch immer noch meist trockenes Wetter zu erwarten.

Badischer Landtag.

Politische Debatte im badischen Landtag.

Karlsruhe, 23. Sept.

Zu Beginn der gestrigen Nachmittags Sitzung des Landtags gedachte Präsident Dr. Kopf der Oppauer Explosionskatastrophe und sprach den Angehörigen der Gebliebenen herzliches Beileid aus. Zum Gedächtnis der Verunglückten erhoben sich die Abgeordneten von ihren Eichen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Das Haus ist dicht besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Der Fraktionsführer der Deutschnationalen Abg. D. Mayer begründete die drei Anfragen, die sich auf das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ und neuerdings auf das der „Freisigauer Zeitung“ in Freiburg, auf das Verbot des Uniformtragens und der Regimentstage und auf die Demonstrationen und Tumultschäden in Heidelberg bezogen. Der Redner teilte mit, daß er dem Präsidenten Dr. Kopf die Erklärung gegeben habe, er sei mit einer Vertagung der Anfragen im Hinblick auf die Oppauer Katastrophe einverstanden. Der Landtagspräsident habe aber erklärt, er könne die Sitzung nicht ausfallen lassen. In der Begründung der drei Anfragen übte der Redner Kritik an den Maßnahmen der badischen Behörden. Diese Maßnahmen haben in weitesten Kreisen Mißtrauen erzeugt. Die Anfrage über die Demonstration in Heidelberg begründete d. s. weiteren der deutsch-natl. Abg. Mayer, der dabei die Regierung angriff und vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde. Der Redner stellte an den Minister des Innern die Anfrage, warum bei den Tumulten in Heidelberg die Polizei nicht eingegriffen habe.

Der Minister des Innern R e m m e l e erwiderte, es sei unrichtig, daß eine Verfügung vom Ministerium hinausgegangen sei, wonach keine Maßnahmen gegen Tumultschergen ergriffen werden sollten. Was das Verbot der Regimentstage anbelange, so sei es notwendig, daß solche die Bevölkerung erregende Veranstaltungen verhindert

würden, da sie von rechts zu agitatorischen Zwecken ausgenutzt würden. Das Verbot der „Südd. Zeitung“ sei von der Reichsregierung aus erfolgt. Die bad. Regierung habe in den 2 1/2 Jahren seit der Revolution sich stets bestrebt, gerecht zu handeln.

Staatspräsident Trunk kam auf die Reichsverordnung näher zu sprechen. Auf die Bemerkung des Staatspräsidenten die bolschewistischen Treibereien von rechts seien genau so stark, wenn nicht gefährlicher, wie die von links gewesen, rief Abg. Mayer: Unverschämtheit. Er wurde daraufhin vom Präsidenten zum zweiten Mal zur Ordnung gerufen und verwahrt. Hier erfolgte von links dann der Ruf: „Raus mit dem Kerl!“ Abg. Mayer: Warum wird der Herr Staatspräsident nicht zur Ordnung gerufen? — Präsident Kopf: Darüber habe ich zu entscheiden. Ich habe den Eindruck, daß der Herr Staatspräsident eine „allgemeine Bemerkung“ gemacht hat.

Trunk erklärte, auch die bad. Regierung hätte gewünscht, daß die Reichsregierung sich vor dem Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten mit den Ländern ins Benehmen gesetzt hätte.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) verurteilte die Ausschreitungen in Heidelberg. Es sollte bald wieder die Möglichkeit gegeben werden, Regimentstage feiern zu dürfen, aber der politische Einschlag müsse vermieden werden. Wenn der Verleumdungseldzug der „Südd. Zeitung“ weiter geführt werde, siehe zu befürchten, daß ein Opfer dem andern folge. Es werde nicht gelingen, die Zentrumsparlei zu sprengen.

Abg. Marum (Soz.) erklärte sich mit den Verordnungen des Reichspräsidenten einverstanden. Die Langmut, die bisher von den Vertretern der Republik den monarchischen Anhängern gegenüber bewiesen worden sei, dürfe nicht länger dauern. Wer ehrlicher Republikaner ist, müsse sich darüber freuen, daß endlich die Postlieferantenschilder heruntergenommen sind wie in Heidelberg. Die Regimentstage seien mit Recht verboten worden.

Abg. Schön (Dem.) erklärt das Verbot der „Südd. Ztg.“ für berechtigt. Das Verbot der Regimentstage habe verstimmend gewirkt.

Abg. Karl (D.Natl.) erklärte, die jetzige Verfolgung der Presse der Rechten, gegen die Versammlungsfreiheit und gegen die Regimentstage überschreite alles Maß. Die Leiter des heutigen Staats werden ihrer Machtstellung keinen guten Dienst erweisen, wenn sie sich gegen die nationalen Bestrebungen stellen. Die nationale Bewegung werde sich auf jeden Fall durchsetzen.

Abg. Dr. Kraus (Soz.): Die Erregung in Heidelberg sei deshalb so groß gewesen, weil die Arbeiter sich eine außerordentliche Hege der Alldeutschen und der Antisemiten habe gefallen lassen müssen.

Um 1/9 Uhr vertagte sich das Haus Freitag vorm. 9 Uhr zur Fortsetzung der Beratung.

Karlsruhe, 23. Sept.

Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung für das Unglück in Oppau den Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Alsdann beendigte er die große politische Aussprache. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag der Regierungsparteien angenommen, in welchem der Regierung das volle Vertrauen ausgedrückt wird.



Das zerstörte Fabrik-Terrain von Oppau.



Eine zerstörte Straße des Dorfes Oppau. Die Explosions-Katastrophe d. Badischen Anilin-Fabrik.

Vermischtes.

Todesstrafe für Schieber. Im bayer. Landtag hat Abg. Brühl (Bayer. Mittelpartei) mit Unterstützung von Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, bei der Reichsregierung die Vorlage eines Ausnahmegesetzes gegen die Verschieber von Lebensmitteln ins Ausland, das neben Einziehung des Gesamtvermögens und Verhängung von schweren Zuchthausstrafen im Rückfalle die Todesstrafe vorsieht, zu erwirken.

Börseprügelerei. Am Mittwoch haben sich die Kravalle in der Wiener Börse wiederholt. Die christlich-sozialen Arbeiter verprügelten jeden jüdisch aussehenden Börsenbesucher. Ein starkes Wachkommando stellte die Ruhe wieder her. Die Bevölkerung ist erbittert, weil die Lebensmittel zum Teil infolge von wucherischen Börsenspekulationen in den letzten zwei Wochen bis zu 80 Prozent und darüber im Preis gestiegen sind.

Getreideabgabe. Graf Moh in Steyberg bei Neuburg a. Donau hat das gesamte zum Verkauf bestimmte Brotgetreide seines Guts heuriger Ernte zum Umlagepreis für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Das erste Haus mit sieben Stockwerken. Wie die „Baumwelt“, Berlin, meldet, hat der Bezirksausschuß Berlin die erste Dauergenehmigung für die Aufmauerung von zwei Stockwerken auf das bereits aus fünf Stockwerken bestehende Geschäftshaus, Berlin, Kolonnenstraße 21, erteilt.

Ein Dampfer gesunken. Im Nermellkanal ist infolge dichten Nebels der Postdampfer „Ostende-Dover“ mit einem norwegischen Frachtdampfer zusammengestoßen. Der Frachtdampfer ist innerhalb 4 Minuten gesunken. Von seiner aus 24 Personen bestehenden Besatzung sind alle umgekommen.

Die französischen Verluste im Weltkrieg. General Medizinalinspektor Trouber gibt folgende Ziffern über die Verluste des französischen Heeres (Kannt: im Feuer getötet 674 740; ihren Wunden erlegen 250 000; verschollen (wahrscheinlich gefallen) 225 300; an Krankheiten verstorben 175 000. Trouber zieht daraus den Schluß, daß 6 bis 7 mal mehr Opfer im Feuer umgekommen sind als infolge von Verwundungen, eine Tatsache, die in der Geschichte der großen Kriege einzig dasteht.

Das russische „Hungerbrot“ wird in der Zeitschrift „Pomoshch“ wie folgt beschrieben: Das Brot der „Armen“ besteht aus Erde, vermischt mit wildem Sauerampfer, oder aus gemahlenem Lindenholz. Das aus Wurzelein wilder Pflanzen hergestellte Brot sieht schauderhaft aus; noch schrecklicher aber ist das Brot aus einer Art getrocknetem gelbem Schlamm. Hier von sind Proben nach Moskau gekommen. Ein Bericht sagt: „Dieses Brot läßt Würmer in den Eingeweiden entstehen, und vielen bringt es den Tod.“ Das grüne, aus Lindenblättern hergestellte Brot, ist wohl gleichfarbig, aber es ist nichts wert. Getrocknete zerriebene Lindenblätter werden mit Wasser gemischt und der Teig ist fertig! Wurzeln, Rinde, Blätter und Holz der Linde werden zu Brot verarbeitet, Sauerampfer, Hafer- und Hirsepreu, dann Tonerde — aber kein Mehl. Brotproben davon stammen aus den Gouvernements Samara und Ufa. Tonbrot kommt auch aus dem Gouvernment Simbirsk. Dieser „eßbare“ Ton ist grau und kommt aus einer Entfernung von 200 Werst. Er kostet 500 Rubel das Pfund. Im Munde wird er zu einer schwarzen Masse, die aber nicht unter den Zähnen zerfällt, das ist ihre einzige gute Eigenschaft; im übrigen soll sie den Magen weniger belasten, als die übrigen Ernjahstoffe.

Brandender Dampfer. Der Dampfer „Fort Augusta“ Nr. 400 Meilen (640 Km.) von Kapstadt entfernt in Brand geraten und steht in Flammen. Von Kapstadt wurde Hilfe abgefordert.

Potales.

— **Schutz der Kriegshinterbliebenen gegen Zwangsversteigerung.** Vom Reichsjustizministerium ist am 29. April 1921 ein Rundschreiben an die Landesjustizverwaltung gerichtet worden, in welchem die Gerichte veranlaßt werden, von sich aus Feststellungen zu treffen, ob es sich bei Belasteten um schutzbedürftige Kriegshinterbliebene handelt. Kommen solche in Frage, dann werden die Gerichte hinstot den Fürsorgestellten Mitteilung machen und diese Stellen dadurch in die Lage versetzen, mit größter Beschleunigung zu prüfen, ob ein Eingreifen der Fürsorge nach Lage des Falls notwendig erscheint. Die erforderlichenfalls alsdann sofort einsetzende Tätigkeit der Fürsorgestellten hat dahin zu wirken, daß durch Verhandlungen mit den Gläubigern erleichterte Zahlungsbedingungen, Stundung, Verabfolgung der Schuldsomme usw. vermittelt werden. Sie hat ferner für Bereitstellung von Mitteln und Vergabe von Darlehen Sorge zu tragen, aber auch andererseits der pünktlichen Einhaltung der für die Verpflichteten erwirkten günstigeren Zahlungsbedingungen Beachtung zu schenken. Soweit Kriegsbeschädigte zur Zahlung etwaiger Prozesse nicht in der Lage sein sollten, werden die Fürsorgestellten der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge ebenfalls ohne weiteres eintreten und ihnen Schutz und Hilfe angedeihen lassen.

— **Die heutigen Musikinstrumentenpreise.** Konnte man vor dem Krieg um 900—1000 Mk. ein schönes Piano sich anschaffen, so beträgt der heutige Preis 9000 bis 10 000 Mk., bei kostbarer Ausstattung sogar bis zu 25 000 Mk. Ein guter Flügel kostet jetzt 25—30 000 Mk., ein Luxusinstrument aber 70—100 000 Mk. Trotzdem ist der Klavierbau in Deutschland gegenwärtig im Hochbetrieb und gerade der Bau von Luxusflügeln ist zu einer früher nicht gekannten Höhe gelangt; die Instrumente gehen in valutasstarke Länder; die besten Abnehmer sind Japan, auch Holland, die skandinavischen Länder und die Vereinigten Staaten. Aber nicht nur das Klavier, auch die Geige — und diese am allermeisten — hat sich verteuert, und zwar durchschnittlich um das 14 bis 20fache. Für einen guten Geige, die früher 25 Mk. kostete, muß man heute 350 Mk. bezahlen, eine Konzertgeige kostet heute 10—50 000 Mk. und für eine alte italienische Violine muß man jetzt ein sechsstellige Summe anlegen. Ein gewöhnliches Cello ist nicht unter 800 bis 1000 Mk. zu haben. Auch die Zupfinstrumente (Gitarre, Mandoline, Laute) sind im Preis bedeutend gestiegen, wenn auch im Verhältnis nicht so hoch wie die eben erwähnten Instrumente. Eine Zicharmonika (vor dem Krieg vielleicht 10 Mk.) kostet heute 200—300 Mk., schönere und bessere Stücke gar 1000—6000 Mk.

— **Saison-Schluß.** Wen sollte nicht Behmut beschleichen, wenn er die Kurgäste, einen nach dem andern aus unsern gastlichen Mauern scheiden sieht? — Ein Zeichen der zu Ende gehenden Saison! Beim Rückblick auf die herrliche verfloßene Sommerzeit, die den Kuraufenthalt sehr wesent-

lich begünstigt hat, kann mit Recht behauptet werden, daß das Jahr 1921, mit der amtlich festgestellten Fremdenzahl von 17 231 nicht im Einklang mit dem tatsächlichen Fremdenverkehr stehen kann. Ohne weiteres mag zugegeben sein, daß die Gäste durchschnittlich länger hier gewohnt haben, gegenüber den Vorjahren, aber trotzdem hatte man mit einer höheren Frequenzziffer gerechnet. — Die Badverwaltung hat sich wohl alle Mühe gegeben, für Unterhaltung der Kurgäste in verschiedenster Art zu sorgen. Leider aber sind die in früheren Jahren häufig veranstalteten Beleuchtungen, trotz dem langanhaltenden herrlichen Wetter, nur auf eine Kurplatzbeleuchtung beschränkt geblieben, obwohl der starke Besuch der letzteren zu weiteren Beleuchtungen Anlaß gegeben hätte. — Herr Musikdirektor Franz, der unter Einsetzung seiner ganzen persönlichen Kraft es sich zur Aufgabe macht, mit seiner ausgezeichneten Kapelle Hervorragendes auf dem Gebiete der Musik zu leisten, kann auch heuer wieder mit Befriedigung auf seine Tätigkeit zurückblicken. — Unser Kurtheater, unter Leitung der Direktion Steng-Krauß hat mit seiner trefflichen Künstlergar auch während der diesjährigen Spielzeit sich wiederum den Dank und Anerkennung sämtl. Theaterbesucher verdient. — Blicke wir so auf die zur Neige gehende Sommer-Saison zurück, so kommen wir zu dem Schluß, daß alle in Betracht kommenden Faktoren zusammen gewirkt haben, sie zu einer glänzenden zu gestalten, und daß jeder in seinem Teil bemüht war, am Blühen und Wachsen unserer Badstadt mitzuwirken. — Und so treten wir nun ein in die erste Winteraison und hoffen, daß unsere Erwartungen auf dieselben nicht fehlschlagen. Wie wir hören, ist eine kleine Musikkapelle verpflichtet, noch einige Zeit Konzerte in der Halle des König-Karl-Bades zu geben, von Donnerstag den 29. September ab bis auf Weiteres täglich von 11—12 und 3¹/₂—4¹/₂ Uhr, abends von 8¹/₂ Uhr ab in einem Hotel und zwar für diese Woche: Donnerstag: Hotel Quellenhof; Freitag: Badhotel; Samstag: Hotel Post, was von den noch zurückbleibenden Kurgästen freudig begrüßt werden dürfte.

— **Ein Zeugnis harmonischen Zusammenarbeitens** legte der gestrige Abschiedsball der Angestellten des Bad-Hotels ab. War es doch Herr Jüptner selbst, der diesen Abend seinem Personal widmete. Nicht aber nur Herr Jüptner, sondern auch seine Hausgäste zeigten ihre Zufriedenheit mit dem Personal, denn sie rechneten es sich zur Ehre an, an diesem Abend sich nicht bedienen zu lassen, sondern ihre Rollen zu vertauschen und dem Personal zu servieren. Überall konnte man freudige Gesichter sehen und nebenbei vom Personal hören, daß sie alle samt und sonders gerne bei ihrem Prinzipal gearbeitet haben und hoffen, nächstes Jahr wieder eine Saison im Badhotel mitzumachen. Als besondere Anerkennung muß noch betont werden, daß es sich Herr Jüptner nicht nehmen ließ, den Abend vollständig auf seine Kosten zu veranstalten. — Die bestens bekannte Hauskapelle Schaller des Badhotels verabschiedete sich gleichfalls an diesem Abend und werden wir speziell auf diese später noch zurückkommen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Bekanntmachung.

Die Arbeitgeber werden darauf aufmerksam gemacht, daß der 10. Beitragseinzugsabschnitt, welcher die Zeit vom 29. August bis 25. September 1921 umfaßt, um eine Woche verlängert wird (bis 2. Oktober), diesmal also für 5, anstatt 4 Wochen Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge zum Einzug gebracht werden. Diese Maßnahme ist durch die am 1. Oktober 1921 in Kraft tretende Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge und dadurch bedingte Neueinteilung der Versicherten in die neuen Klassen der Invaliden-Versicherung aus praktischen Gründen erforderlich, da wir andernfalls im 11. Einzugsabschnitt, der die Zeit vom 26. September bis 23. Oktober 1921 umfaßt, gezwungen wären, bei der Invalidenversicherung eine Woche des alten u. 3 Wochen des neuen Werts zu berechnen, was sowohl für uns, als auch für die Arbeitgeber umständlich und schwierig wäre.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß beim nächsten Einzug (29. 8./2. 10. 21) zum erstenmal die neuen erhöhten Krankenversicherungsbeiträge zum Ansatz kommen und ersuchen wir, unseren Beitragseinzählern beim Einzug des durch diese Erhöhung und durch die Verlängerung des Einzugsabschnitts um eine Woche bedingten Mehrbetrags an Versicherungsbeiträgen keine unnötigen Schwierigkeiten zu bereiten.

Zugleich veröffentlichen wir hiemit die durch das Reichsgesetz vom 23. Juli 1921 mit Wirkung vom 1. Okt. 1921 an erhöhten Invalidenversicherungsbeiträge, welche gesetzlich vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte zu tragen sind.

Nach der Höhe des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes werden für die Versicherten folgende Lohnklassen gebildet:

Kl. A bis zu 1000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 3.50
Kl. B v. mehr als 1000 .- bis zu 2000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 4.50
Kl. C v. mehr als 2000 .- bis zu 3000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 5.50
Kl. D v. mehr als 3000 .- bis zu 4000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 6.50
Kl. E v. mehr als 4000 .- bis zu 5000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 7.50
Kl. F v. mehr als 5000 .- bis zu 6000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 8.50
Kl. G v. mehr als 6000 .- bis zu 7000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 9.50
Kl. H v. mehr als 7000 .- bis zu 8000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 10.50
Kl. I v. mehr als 8000 .-	m. dem Wochenbeitrag v. 12.00

Diese Uebersicht kann von den Arbeitgebern zur Berechnung des Abzugs der Beiträge bei den Lohnzahlungen benützt werden.

Neuenbürg, den 24. September 1921.

Vorsitzender des Vorstands: Eugen Seeger. Kassenverwaltung: Dobernek.



Mittwoch abend 8 Uhr
Singstunde
für alle Sänger.
Der Vorstand.

Prima
Mostessig
gibt ab
Karl Seyfried
Hechingerhol
(anzutreffen nur abends von 7 Uhr ab).

Mädchen
nicht unter 18 Jahren, das gerne häusliche Arbeiten verrichtet und sich im Kochen etc. Kenntnisse erwerben will, wird sofort oder später gegen gute Bezahlung angenommen.
E. Emrich, Mühlader.



Preiswerte
Futter-Artikel
Welschkorn
ganz und gerissen
Welschkorn-Mehl
Gersten-Futtermehl
Weizenkleie
Futterhirse
Bruchreis
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekanntesten Verkaufsstellen

Wer seine Drucksachen für den Winter und Sommerbedarf 1922

noch vor dem 1. Oktober bestellt entgeht einem 75% igen Aufschlag.

Herstellung von Druckerarbeiten und Lieferung von Papieren besorgt:
Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Schöne Winterzwiebel

per Pfd. Mk. 1.35 (bei Abnahme größerer Quantums den 3tr. zu Mk. 1.25.— empfiehlt
R. Chierogato.

Diese Woche treffen noch 3 Waggon Kartoffeln ein und nimmt Bestellungen entgegen.

Romano Chierogato.

Näh- und Zuschneide-Kurs

(Damenschneiderei und Weissnähen)
Beginn 15. Okt. Anmeldungen täglich von 10—12 Uhr.
Frau Wörishoffer, Villa Schönblick.

Das bestellte Mostobst

ist eingetroffen und kann von morgen Mittwoch früh 7 bis 11 Uhr am Bahnhof gegen Barzahlung abgeholt werden. Preis 84 Mark.
Pünktliches Abholen wird erwartet.

Consumverein.

Umständlicher zu verkaufen!
1 Spiegelschrank
1 Waschtisch
2 Bettladen
2 Nachttische mit Marmor
2 Stühle (dankvolles)
Anzusehen von 2—4 Uhr nachm. Näheres beim Portner der Militärkuranstalt.

